

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 038-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.95

Eingereicht am: 22.01.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schindler (Bern, SP) (Sprecher/in)
Stucki (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 2

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 864/2015 vom 1. Juli 2015
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Politische Bildung im Kanton Bern und im Lehrplan 21

In der Vergangenheit wurden mehrere Motionen und Anträge zum Thema «Verbesserung der politischen Bildung» überwiesen. Im November 2000 forderte die damalige Grossrätin Evi Allemann einen rechtzeitigen und aktuellen Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte. Im November 1998 fragte die ehemalige Grossrätin Ursula Wyss in einer Interpellation nach Verbesserungsmöglichkeiten des Staatskundeunterrichts.

In der Antwort auf die einstimmig als Postulat überwiesene Motion Masshardt M 267/2006 «Politische Bildung in der Grundausbildung der Lehrkräfte» schreibt der Regierungsrat u. a.: «...Heute wird eine integrierte Betrachtungsweise vorgezogen. Bei Themen aus Natur, Kultur und Gesellschaft werden auch politische Aspekte behandelt...»

Studien besagen dazu etwas Anderes: «Politische Bildung ist kein Amalgam aus Geschichte, Religion, Sozialkunde, Geographie und moralischer Erziehung, sondern Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die wir die demokratische nennen.» (In: Schlussbericht «Politische Bildung in der Schweiz», Prof. Dr. F. Oser und Dr. R. Reichenbach)

Der RR schreibt auch, dass das Interesse an Weiterbildungen zur politischen Bildung eher gering sei, da sich die Lehrpersonen eher an Lehrmitteln orientieren bei der Wahl ihrer Weiterbildungen.

Zurzeit ist der Lehrplan 21, der interkantonale Gültigkeit haben wird in der Deutschschweiz, in der Überarbeitung. Bei der Erarbeitung wurde Béatrice Ziegler, Leiterin des Zentrums für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik am Zentrum für Demokratie in Aarau, hinzugezogen, jedoch nur in fachlicher Hinsicht, ohne mitentscheiden zu können. Politische Bildung will die jungen Menschen auch dazu befähigen, in der Diskussion mit Andersdenkenden einen politischen Entscheid oder Kompromiss zu finden. «Auf der Sek-1-Stufe fehlen im Lehrplan 21 die Möglichkeiten, solches einzuüben.»

Dieses Versäumnis erachtet sie als gravierendes Problem, beginnen sich Jugendliche doch just in diesem Alter für politische Vorgänge zu interessieren. «Sek-1-Schüler müssen zwingend damit konfrontiert werden.»

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwiefern wurde die in der Motion 268/2006 Masshardt geforderte und mit einer deutlichen Mehrheit überwiesene Forderung «Website Politische Bildung» umgesetzt? Wie wird das Anliegen in den Lehrplan 21 eingebracht und umgesetzt?
2. Wie werden die überwiesenen Vorstösse - namentlich die oben erwähnten - bis jetzt umgesetzt?
3. Die Motion 267/2006 wurde vom Grossen Rat einstimmig als Postulat überweisen. Darin wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, ob die Pädagogische Hochschule in der Leistungsvereinbarung verpflichtet werden kann, die politische Bildung (inkl. zeitgemässer, inhaltlicher und didaktischer Informationen) als festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung zu verankern. Wie sehen die Prüfergebnisse aus, und was hat der Regierungsrat diesbezüglich unternommen?
4. Wie werden die neuen Lehrmittel gestaltet, damit das Interesse von Lehrpersonen auch auf Weiterbildungen im Bereich der politischen Bildung gestärkt wird?
5. Wie beurteilt der RR die Tatsache, dass im Rahmen des Lehrplans 21 auf Sekundarstufe I kein eigenständiges Fach für politische Bildung besteht?
6. Wie bringt sich der Kanton da ein?
7. Wie hoch sind die Ausgaben des Kantons für politische Bildung, verglichen mit andern Fächern?
8. Wie will sich der RR dafür einsetzen, dass auf der Sek-I-Stufe die politische Bildung nicht zu kurz kommt im LP 21?

Antwort des Regierungsrates

Im Zentrum der vorliegenden Interpellation steht die „Politische Bildung“ im Kanton Bern und im Lehrplan 21. Die Interpellantin bezieht sich auf vier parlamentarische Vorstösse, die in den letzten Jahren zu diesem Thema eingereicht worden sind: Die Interpellation Wyss (I 239/1998) verlangte vom Regierungsrat Auskunft über den Staatskundeunterricht und etwaige Reformen desselben. Die Motion Allemann (M 228/2000) forderte rechtzeitigen Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte. Die Motionen Masshard (M 267/2006 sowie M 268/2006) hatten zum Ziel, die politische Bildung als festen Bestandteil in die Grund- und Weiterbildung der

Lehrkräfte zu integrieren sowie ein Projekt zur Entwicklung einer Webseite „Politische Bildung“ zu lancieren.

Allgemeines zum Lehrplan 95

Wie in den Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation Wyss (I 239/98) und die Motion Allemann (M 228/2000) bereits ausgeführt worden ist, ist die „Politische Bildung“ gut in den *Lehrplan Volksschule für die Primarstufe und Sekundarstufe I* (Lehrplan 95) integriert. Im Lehrplan 95 wird in den Leitideen u.a. der Anspruch definiert, dass die Schülerinnen und Schüler Mitbestimmung und Mitverantwortung konkret erleben und die Schule zur Bildung von Menschen beiträgt, die bereit sind, Aufgaben in der Gesellschaft zu übernehmen. Staatskunde und „Politische Bildung“ werden im 7. – 9. Schuljahr in verschiedenen Themenfeldern des Faches Natur-Mensch-Mitwelt aufgegriffen.

Zur Unterstützung der Lehrpersonen hat die Kommission für Lehrplan- und Lehrmittelfragen (LPLMK) im Herbst 2006 die Umsetzungshilfe „Politische Bildung“ zum Lehrplan 95 veröffentlicht, welche die relevanten Ziele und Inhalte zusammenstellt und Umsetzungsmöglichkeiten aufzeigt. Sie ist eng auf die vorhandenen NMM-Lehrmittel (Reihe „Lernwelten“) abgestimmt, insbesondere auf die Material- und Ideensammlung „Politik und Demokratie – leben und lernen“¹, deren Entwicklung die Erziehungsdirektion im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit mitgestaltet hat. Ein Exemplar dieser Material- und Ideensammlung ist im Frühjahr 2007 im Auftrag der Erziehungsdirektion an jede Schule gratis abgegeben worden.

Allgemeines zum Lehrplan 21

Ab August 2015 beginnt die Einführung des Lehrplans 21 mit Startveranstaltungen zunächst für Schulleitungen und anschliessend für Lehrpersonen. Es ist vorgesehen, dass Ende Schuljahr 2021/22 der Einführungsprozess abgeschlossen und der gesamte Unterricht auf den Lehrplan 21 ausgerichtet sein wird.

Die „Politische Bildung“ ist im Lehrplan 21 als fächerübergreifendes Thema gut verankert. Unter der Leitidee „Nachhaltige Entwicklung“ wurden in den Lehrplan 21 sieben fächerübergreifende Themen aufgenommen darunter an erster Stelle „Politik, Demokratie und Menschenrechte“. Die verschiedenen Aspekte dieser fächerübergreifenden Themen wurden in die Fachbereichslehrpläne eingearbeitet, insbesondere in den Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG). Unter dem Titel „Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren“ ist die „Politische Bildung“ als eines der acht überfachlichen Themen in die NMG-Perspektive „Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geografie, Geschichte)“ in den Lehrplan 21 auf der Sekundarstufe I integriert. Die darin enthaltenen Kompetenzen sind schwerpunktmässig dem Bereich „Geschichte: „Politische Bildung“ zugeordnet.

Im Lehrplan 21 liegt der Fokus stark auf dem Umsetzen und Anwenden der erworbenen Kompetenzen. Im Bereich „Politische Bildung“ bedeutet das, dass die Schülerinnen und Schüler „zu aktuellen Problemen und Kontroversen Stellung beziehen, dabei persönliche Erfahrungen im schulischen und ausserschulischen Alltag einbeziehen und die Positionen begründen können“².

¹ Kindergarten – Sekundarstufe II, Schulverlag bmv AG, 2007.

² Vgl. Lehrplan 21, RZG 8.

Die Schule als Ort partizipativen Lernens ist ein zentrales Anliegen des Lehrplans 21. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, ihr Umfeld mitzugestalten, „...sich in der Schule ihrem Alter entsprechend einzubringen und auf Klassen- und Schulebene mitzuwirken“³. Dadurch wird Demokratie direkt erlebbar und beispielsweise in Form eines Klassen- oder Schulrates mitgetragen. Die Erziehungsdirektion versteht die Einführung des Lehrplans 21 als Unterrichtsentwicklungsprozess und misst der Schaffung von guten Rahmenbedingungen für dessen Umsetzung höchste Priorität bei. Die Auseinandersetzung mit der politischen Bildung wird etwa über die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen in die Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesse einfließen.

Zu den einzelnen Punkten nimmt der Regierungsrat wie folgt Stellung:

(Punkt 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.)

Punkt 1: *Inwiefern wurde die in der Motion 268/2006 Masshardt geforderte und mit einer deutlichen Mehrheit überwiesene Forderung «Website „Politische Bildung“» umgesetzt? Wie wird das Anliegen in den Lehrplan 21 eingebracht und umgesetzt?*

Punkt 2: *Wie werden die überwiesenen Vorstösse - namentlich die oben erwähnten - bis jetzt umgesetzt?*

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf die Motion 268/2006 Masshardt „Webseite Politische Bildung“ festgehalten, dass „...verschiedene Angebote zur Unterstützung bereits bestehen oder im Aufbau begriffen sind“. Er hat in diesem Zusammenhang unter anderem auf die Internetseite www.politischebildung.ch der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) verwiesen. Der Regierungsrat erachtete es deshalb nicht als notwendig, „...weitere Webangebote parallel dazu zu erarbeiten“ und hat die Forderung der Motionärin als erfüllt erachtet. Auch der Grosse Rat hat die Abschreibung der Motion in der Junisession 2007 gutgeheissen.

Dem Regierungsrat war es damals jedoch wichtig, zusätzliche gezielte Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung in der Schule und im Bereich der Lehreraus- und -weiterbildung zu ergreifen und damit einen Schritt weiterzugehen, als es die Interpellation Wyss (I 239/98) sowie die Motionen Allemann (M 228/2000) und Masshard (M 267/2006) gefordert hatten⁴.

Dieses Vorhaben wurde mit der Herausgabe einer spezifischen Umsetzungshilfe zur politischen Bildung und der umfangreichen Material- und Ideensammlung „Politik und Demokratie – leben und lernen“ erfolgreich umgesetzt.

Im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 ist unter anderem geplant, die Internetseite www.politischebildung.ch der FHNW zu aktualisieren und an den kompetenzorientierten Lehrplan 21 anzupassen.

Mit dem Projekt „Campus Demokratie“ wird das Anliegen zur Stärkung der politischen Bildung und Partizipation in Zukunft auch auf Bundesebene mehr Gewicht erhalten.

Punkt 3: *Die Motion 267/2006 wurde vom Grossen Rat einstimmig als Postulat überweisen. Darin wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, ob die Pädagogische Hochschule in der Leistungsvereinbarung verpflichtet werden kann, die politische Bildung (inkl. zeitgemässer, inhaltli-*

³ Vgl. Bildungsziele des Lehrplans 21.

⁴ Zur Beantwortung der Motion Masshard vgl. Punkt 3 der vorliegenden Antwort.

cher und didaktischer Informationen) als festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung zu verankern. Wie sehen die Prüfergebnisse aus, und was hat der Regierungsrat diesbezüglich angenommen?

Für die Aus- und Weiterbildung der deutschsprachigen Lehrpersonen im Kanton Bern ist die Pädagogische Hochschule Bern (PHBern) zuständig. Sie erfüllt ihre Aufgabe u.a. auf der Grundlage eines Leistungsauftrages des Regierungsrates. Die Motion Masshardt (M 267/2006) hatte gefordert, die „Politische Bildung“ als festen Bestandteil in der Grund- und Weiterbildung zu verankern. Die Prüfung dieser Forderung hatte ergeben, dass eine Aufführung konkreter Inhaltsvorgaben im Leistungsauftrag nicht stufengerecht wäre. Dennoch gewährleistet der Leistungsauftrag, dass die Befähigung zur Vermittlung politischer Bildung in der Aus- und Weiterbildung an der PHBern gezielt gefördert und unterstützt wird. Er verpflichtet die PHBern dazu, die Lehrpersonen so aus- und weiterzubilden, dass sie die Vorgaben der Lehrpläne im Unterricht umsetzen können. Bereits jetzt ist die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an der PHBern auf den Lehrplan 21 abgestimmt. Die PHBern strebt in den Grundausbildungsstudiengängen einen querschnittartigen und interdisziplinären Zugang zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ an und greift die Thematik inklusive des zentralen Anliegens „Politische Bildung“ in verschiedenen Studienbereichen und mit unterschiedlichen Vertiefungsgraden auf. So wird z.B. im Studienbereich „Fachwissenschaften und Fachdidaktik“ insbesondere im Fach „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ sowie in diversen Modulen des Studienbereichs „Erziehungs- und Sozialwissenschaften“ die didaktische Herangehensweise an Fragen zur Politik, zur Bildung, zu den Rechten der Kinder etc. thematisiert.

Auch im Bereich Weiterbildung ist die PHBern gemäss Leistungsauftrag verpflichtet, Angebote für den ganzen Bereich der Lehrpläne der Volksschule und des Kindergartens zu führen. Das Thema „Politische Bildung“ wurde schon bis anhin von verschiedenen Weiterbildungsangeboten aufgenommen. Im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 werden die Lehrpersonen ab August 2016 am Institut für Weiterbildung und Medienbildung der PHBern u.a. Weiterbildungsangebote in den Fachbereichen Deutsch, Mathematik und NMG besuchen. Die Politische Bildung wird insbesondere im Fachbereich NMG thematisiert werden.

Auch im Bereich der Forschung, Entwicklung und Evaluation der PHBern ist die „Politische Bildung“ ein Thema.⁵

Die Umsetzung des Leistungsauftrags wird von der Erziehungsdirektion im Rahmen eines Controlling-Verfahrens jährlich überprüft.

Punkt 4: *Wie werden die neuen Lehrmittel gestaltet, damit das Interesse von Lehrpersonen auch auf Weiterbildungen im Bereich der politischen Bildung gestärkt wird?*

Im Rahmen der Einführung des Lehrplans 21 sind im Bereich „Politische Bildung“ verschiedene Weiter- und Neuentwicklungen von Lehrmitteln im Gange. Zurzeit wirkt die PHBern in einem Projekt zur Ausarbeitung eines neuen Lehrmittels für die Sekundarstufe I mit, das sich eng an den Kompetenzen der Perspektive „Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geografie, Geschichte)“ des Fachbereichs NMG orientiert und die aktuellen fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Erkenntnisse integriert. Das neue Lehrmittel soll 2017 beim Verlag hep erscheinen. Ebenfalls läuft im Auftrag des Lehrmittelverlags Zürich gegenwärtig ein Projekt zur Entwicklung eines neuen

⁵ Vgl. Punkt 4 der vorliegenden Antwort.

Lehrmittels für Geschichte und „Politische Bildung“ auf der Sekundarstufe I, das die Vorgaben des Lehrplans 21 berücksichtigt. Diese Materialien stehen voraussichtlich im Schuljahr 2017/18 zur Verfügung. Für die Schulen im französischsprachigen Kantonsteil liegen mit „Mon carnet citoyen. Brochure de l'enseignant“ (Editions Loisirs et pédagogie, 2014) bereits aktuelle Materialien vor.

Wie bereits erwähnt, ist zudem die Aktualisierung der Internetseite www.politischebildung.ch geplant. Darüber hinaus existieren weitere Online-Informationsplattformen wie die Abstimmungshilfen www.easyvote.ch sowie www.vimenmtis.ch, die es Jugendlichen und jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ermöglichen, sich direkt online zu informieren.

Eine Überarbeitung der Material- und Ideensammlung „Politik und Demokratie – leben und lernen“ im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 ist zurzeit nicht vorgesehen. Da es sich um Materialien handelt, die in erster Linie in der Grundausbildung und der Weiterbildung der Lehrpersonen zum Einsatz kommen, wird eine Adaption der Inhalte an den Lehrplan 21, wo nötig, direkt von den entsprechenden Dozierenden geleistet.

Die Umsetzungshilfe zum Lehrplan 95 erübrigt sich dank der Konkretisierung der Inhalte und der Strukturierung mit Querverweisen im Lehrplan 21.

Des Weiteren weist der Regierungsrat auf die Überarbeitung des Leitfadens für Lehrpersonen zum Projekt „Jugend debattiert“ www.jugenddebattiert.ch hin, welcher im Herbst 2015 erscheinen wird.

Punkt 5: *Wie beurteilt der RR die Tatsache, dass im Rahmen des Lehrplans 21 auf Sekundarstufe I kein eigenständiges Fach für politische Bildung besteht?*

Im Vergleich zum Lehrplan 95 erhält die „Politische Bildung“ im Lehrplan 21 als fächerübergreifendes Thema mehr Gewicht. Der Themenbereich „Politische Bildung“ ist im Lehrplan 21 in die Perspektive „Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geografie, Geschichte)“ des Fachbereichs NMG eingebettet. Die Inhalte sind klar dem Bereich Geschichte zugeordnet, so wie es beispielsweise im von der Interpellantin erwähnten Schlussbericht „Politische Bildung in der Schweiz“ empfohlen wird. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass politische Themen zeitnah im Unterricht aufgenommen werden. Selbstverständlich können diese in verschiedenen Fächern thematisiert werden.

Der Regierungsrat hält es aufgrund der bereits erwähnten, vielfältigen Massnahmen zur Stärkung der Politischen Bildung in der Schule nicht für notwendig, im Lehrplan 21 einen eigenen Fachbereich für dieses Thema vorzusehen.

Punkt 6: *Wie bringt sich der Kanton da ein?*

Die Entwicklung des Lehrplans 21 ist abgeschlossen. Die Erziehungsdirektorinnen und -direktoren haben ihn am 7. November 2014 zur Einführung freigegeben. Inhaltliche Ergänzungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich. Während des Erarbeitungsprozesses haben sich jedoch zahlreiche Gelegenheiten zur Mitwirkung geboten. Der Kanton Bern war mit Regierungsrat Bernhard Pulver als eines der sechs Mitglieder der Steuergruppe des Projektes Lehrplan 21 auf oberster Ebene vertreten; Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktiker sowie Lehrpersonen aus dem Kanton Bern haben die Ausarbeitung der Fachlehrpläne massgeblich mitbestimmt.

Des Weiteren hatten die Kantone, der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLCH) die Möglichkeit, über die Beratung von Zwischenergebnissen in der Begleit- und Steuergruppe des Projektes Lehrplan 21 und in der Plenarversammlung der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) sowie über regelmässig stattfindende Hearings und Vernehmlassungen Einfluss zu nehmen. Das anschließende Konsultationsverfahren hat von Anfang Juli bis Ende Dezember 2013 gedauert. Im Kanton Bern sind neben der Bildungsverwaltung, schulnahen Verbänden und Institutionen und den Kirchen auch die politischen Parteien zur Konsultation eingeladen worden. Die Auswertung der Rückmeldungen aus dem Kanton Bern durch die PHBern hat keine grundsätzliche Forderung nach mehr politischer Bildung im Lehrplan 21 gezeigt.

Punkt 7: *Wie hoch sind die Ausgaben des Kantons für politische Bildung, verglichen mit andern Fächern?*

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen ist zentraler Teil des Leistungsauftrages mit der PHBern. Dieser Leistungsauftrag regelt auch die Finanzierung, welche global und nicht nach einzelnen Fach- oder Themenbereichen aufgegliedert ist.

Der Kanton beteiligt sich nicht an Lehrmittelentwicklungen. Die Lehrmittelverlage sind unabhängig und selbsttragend. Die Anschaffung von Lehrmitteln für den Unterricht liegt in der Verantwortung der Gemeinden.

Punkt 8: *Wie will sich der RR dafür einsetzen, dass auf der Sek-I-Stufe die politische Bildung nicht zu kurz kommt im LP 21?*

Der Lehrplan 21 schafft für die „Politische Bildung“ gute Rahmenbedingungen. Die PHBern integriert die entsprechenden Inhalte in die Grundausbildung und in die fachspezifische NMG-Weiterbildung. Zudem beabsichtigt der Regierungsrat, künftig Schulklassen aus dem Kanton Bern bei einer Teilnahme am Projekt „Schulen nach Bern“ www.schulen-nach-bern.ch/ finanziell zu unterstützen.

An den Grossen Rat